

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 47.

Charlottenburg, Freitag, den 19. November 1920.

Jahrg. 47.

Deutschlands Not

und der Internationale Gewerkschaftsbund.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland, die von den Ententeregierungen beliebte Auslegung des Friedensvertrages und im Zusammenhang damit die Anordnungen der Wiedergutmachungskommissionen hatten den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veranlaßt, wiederholt schriftlich das Internationale Gewerkschaftsbureau auf den Ernst der hierdurch geschaffenen Verhältnisse aufmerksam zu machen.

Einer Einladung des Internationalen Gewerkschaftsbureaus folgend, nahmen am 22. und 23. Oktober die Genossen Legien und Braßmann an einer Vorstandssitzung des I. G. B. in Amsterdam teil. Von den besprochenen Fragen seien die folgenden hervorgehoben:

Nationalistische Propaganda der Polen in Oberschlesien hat blutige Unruhen hervorgerufen, in deren Gefolge viele deutsch-fühlenden Arbeiter von fanatisierten polnischen Arbeitern erschlagen, Frauen und Kinder entsetzlich mißhandelt, ihre Habe verüffelt und Tausende zum Verlassen des Landes gezwungen wurden. Trotz dieser schwersten Gefährdung von Leben und Sicherheit des einzelnen wie der gesamten Industrie sehen die Besatzungsgruppen diesem Treiben der Polen tatenlos zu, ja, das französische Militär sympathisiert offen mit den Aufwühlern. Die oberschlesische Bevölkerung erblickt in dem Eingreifen der internationalen Gewerkschaftsbewegung die einzige Möglichkeit ihrer Rettung aus diesen trostlosen Zuständen.

Obwohl die Abstimmung in Ost- und Westpreußen am 1. Juli 1920 ergab, daß das Abstimmungsgebiet fast ausschließlich von Deutschen bewohnt wird, hat die Entente-Kommission einen Streifen von 50 Meter Breite und 45 Kilometer Länge auf dem rechten Weichselufer der Republik Polen zugesprochen. Damit gehen u. a. drei rein deutsche Dörfer in den Besitz Polens über. Diese „Regelung“ steht zudem in offenbarem Widerspruch zu den Bestimmungen des Artikels 97 des Friedensvertrages, der Polen nur das Aufsichtsrecht über diesen Gebietstreifen zwecks Stromregulierung und Meliorationsarbeiten zuerteilt. Abgesehen von dieser Rechtsverletzung in der Ausdeutung des Friedensvertrages im Einzelfall, bedeutet die Uebergabe deutscher Gebietsteile an Polen eine schwere Beeinträchtigung der Ergebnisse jahrzehntelanger mühsamer Gewerkschaftsarbeit. Die polnischen Gewerkschaften vermögen den neu „gewonnenen“ Arbeitern auch nicht anzubieten, was letztere an Rechten in den deutschen Organisationen erworben hatten. Infolgedessen geht die gewerkschaftliche Bewegung in den abgetretenen Gebieten ständig zurück, damit derselbe Zustand wieder herbeigeführt wird, den die deutschen Gewerkschaften in zähester langwieriger Arbeit beseitigten: die östlichen Gebiete werden wieder die unerschöpflichen Quellen von gewerkschaftlich ungeschulten bedürfnislosen Arbeitern, die ihre Kameraden in den westlichen Ländern ständig in den Arbeitsbedingungen unterbieten, um die eigene Existenz zu fristen.

Neben diesen Schädigungen mehr ideeller und persönlicher arbeiten die Ententeregierungen absichtlich und konsequent auf die vollkommene Zerschlagung der letzten Reste deutscher Wirtschaftskraft hin. Nach Artikel 169 und 202 des Versailler Vertrages müssen Waffen, Munition und Kriegsmaterial über die Deutschland zugestandenen Mengen hinaus der Entente ausgeliefert werden zur Zerstörung und Unbrauchbarmachung. Die mit der Durchführung dieser Bestimmungen betraute Interalliierte Kommission legt diese Verpflichtung dahin aus, daß auch Maschinen ab-

zur Anfertigung von Kriegsmaterial verwandt wurden, vor und nach dem Kriege aber friedlichen Zwecken dienten. Das bedeutet nicht nur eine schwere Schädigung der deutschen Industrie, sondern auch die Brotlosmachung zahlreicher Arbeiter. So sollen die in der Gasfabrik der Zeppelinwerke in Staaken bei Berlin vorhandenen Kompressions- und Füllanlagen, außerdem aber auch sämtliche Stahlflaschen zerstört werden. Die letzteren sind zurzeit in Deutschland nicht in derselben Qualität wiederherzustellen, während der vom Werk gelieferte Sauerstoff und Wasserstoff mehr als 100 großen Firmen für Friedenszwecke unentbehrlich ist.

Ähnlich liegt es mit über 200 Flugzeugmotoren bei der Kieler Reichswerft, Motoren von hohem Wert, die durch Entfernung einer Nurbelwelle für Flugzeuge leicht unbrauchbar zu machen, nunmehr für Straßenbahnwagen umgebaut werden sollen. Auch hier verlangt die Interalliierte Kommission die Zerstörung hochwertiger Maschinen, obwohl ihr für deren ausschließliche Verwendung zu Friedenszwecken jede erdenkliche Garantie — auch von der Arbeiterschaft — angeboten wurde.

Als geradezu typisches Beispiel für die Absichten der Interalliierten Kommission muß aber deren Forderung auf Zerstörung aller in Deutschland befindlichen Dieselmotoren angesehen werden. Selbst wenn, wie gerüchtweise verlautet, „nur“ die Zerstörung der großen Dieselmotoren verlangt werde, die während des Krieges zum Antrieb der U-Boote dienten, jetzt längst aber in industriellen Werken eingebaut sind, so kann die Forderung auf Vernichtung dieser hochwertigen Kraftmaschinen nur damit erklärt werden, daß die einschlägigen Industrien Englands und Frankreichs gegenüber der deutschen ins Hintertreffen geraten sind, und daß die Zerstörung dieser großen Motoren ihnen Luft schaffen soll, den Vorsprung Deutschlands einzuholen. Auf solche rein kapitalistische Erwägung kann sich die deutsche Arbeiterschaft natürlich nicht einstellen, denn diese bedeutet für sie jahrelange Arbeitslosigkeit, ja, die unumstößliche Sicherheit, glatt zu verhungern. Sie ist darum fest entschlossen, unter allen Umständen und im Hinblick auf alle Konsequenzen sich der Zerstörung der Maschinen und Motoren zu widersetzen, sie läßt sich nicht die letzte Möglichkeit, ihre Existenz aufrechtzuerhalten, aus der Hand schlagen!

Die dem deutschen Volk durch die Entente aufgezwungene Lage ist nicht nur für uns unerträglich, sondern auch vom Standpunkt der „siegreichen“ Länder aus unvernünftig. Deutschland soll den in Belgien und Nordfrankreich durch seine Heere angerichteten Schaden wieder gutmachen (und hierzu ist unser Volk ernstlich gewillt), es soll außerdem jahrelang die ungeheuren Lasten der Besatzungsheere tragen; sein Auslandsvermögen ist beschlagnahmt, desgleichen seine Handelsflotte, sein Gebiet um sehr ertragreiche Teile vermindert, sein Finanzwesen, seine Volkswirtschaft aufs schwerste zerrüttet — und nun nimmt man ihm kaltblütig auch die letzten Chancen, um seine Verpflichtungen zu erfüllen und sich wieder emporzuarbeiten. Was uns jetzt alles angetan wird, ist mit dem Bestreben, Deutschland die Neigung und die Möglichkeit zu neuen Kriegen zu nehmen, nicht einmal den Gutgläubigen gegenüber zu begründen. Man will Deutschland nicht nur wirtschaftlich vollkommen zertreten, sondern auch seine Volkskraft selbst. Die neuerliche Forderung auf Herausgabe von 810 000 Milchkühen ist nur verständlich, wenn man sich den Gedankengang Clemenceaus zu eigen macht, Deutschland habe „immer noch“ (Frankreich gegenüber) 11 bis 12 Millionen Einwohner „zubiel“. Darum eine Maßnahme, die in erster Linie unsere Säuglinge, unsere stillenden und werdenden Mütter trifft. Unmenschlicher ist kaum je ein Volk behandelt, zynischer kaum je ein Vertrag verletzt worden (unter ausdrücklicher Annahme der 14 Punkte Wilsons hatte Deutschland

1918 die Waffen niedergelegt). Die Regierungen der Entente-völker scheinen nur zu übersehen, daß ein niedergebrochenes, verzweifelter Deutschland auch die Existenz des übrigen Europa gefährdet, daß dies namentlich auf Frankreich zutrifft, und daß die zerrütteten Verhältnisse in der ganzen Welt erst dann sich bessern werden, wenn man Deutschland wieder zu Kräften kommen läßt. Es sind also nicht nur selbstische Gründe, die heute die deutsche Arbeiterschaft veranlassen, die Solidarität der gewerkschaftlichen Internationalen anzurufen. Aber diese Solidarität müsse geübt werden tatkräftig und schnellstens, die Regierungen der Entente müßten endlich angehalten werden, Deutschland gerecht und billig zu behandeln, nicht zuletzt zum Wohle ihrer eigenen Völker. Ohne Uebertreibung könne gesagt werden, daß die Aufrechterhaltung der mittel- und westeuropäischen Kultur auf dem Spiele steht!

Die zweitägige, in kameradschaftlichem Geiste geführte Aussprache ergab zunächst, daß über die Auswirkungen der Forderungen der Interalliierten Kommission in den Arbeiterkreisen der Westländer vollkommene Unklarheit besteht, wie überhaupt die Gesamtlage Deutschlands im Ausland vielfach schiefen Auffassungen begegnet. Das ist verständlich, wenn man sich die Beurteilung deutscher Verhältnisse im überwiegenden und ausschlaggebenden Teil der Entente-Pressen vergegenwärtigt. Um die Vertretungen der in Frage kommenden Landeszentralen zu befähigen, sich ein Urteil aus eigener Anschauung zu verschaffen, wurde vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschlossen, die Genossen Jouhaux (Frankreich), Mertens (Belgien), einen noch zu bestimmenden Vertreter der englischen Gewerkschaften und den Sekretär des J. G. B., Timmen, ins Ruhrgebiet zu entsenden, um sich zunächst dort über die Verhältnisse zu informieren. Die Delegation ist bereits am 30. Oktober im Ruhrgebiet eingetroffen. An Hand ihres Berichtes sollte dann weiteres umgehend veranlaßt, besonders erwogen werden, welche Schritte bei den betr. Regierungen zu unternehmen sind.

Auch bei nüchternster Bewertung der Sachlage ist anzunehmen, daß die angerufene Solidarität der gewerkschaftlichen Internationalen praktische Ergebnisse zeitigt.

Zur Beachtung!

Betreffs der Ansprüche der von anderen Organisationen übergetretenen Mitglieder im Unterstützungsfalle bestehen immer noch Unklarheiten.

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß auch die übergetretenen Mitglieder insgesamt eine 52wöchentliche Beitragszahlung aufweisen müssen, bevor sie Unterstützungsansprüche stellen können. Es werden aber diesen Mitgliedern die im Stammverbände gezahlten Beiträge auf die Karenzzeit durch Umrechnung angerechnet.

Sind zum Beispiel einem übergetretenen Mitgliede 53 Wochen auf die Karenzzeit angerechnet worden, dann hat es im Erwerbslosigkeitsfalle sofort Anspruch auf Unterstützung. Sind dem Mitgliede aber nur 22 Wochen angerechnet worden, dann hat es erst Anspruch auf Unterstützung, wenn es bei uns für 30 Wochen Beiträge entrichtet hat.

Es bestehen auch darüber Unklarheiten, in welcher Höhe die Unterstützung nach der in diesem Jahre zweimal erfolgten Beitragserhöhung an die Übergetretenen gezahlt wird, sofern die vorstehenden Voraussetzungen erfüllt sind.

Ich mache da auf die Bekanntmachung in Nr. 50 der „Ameise“ vom 12. Dezember 1919 aufmerksam, in der es unter anderem hieß:

Ebenfalls erhalten auch die Mitglieder, die nach dem 1. Januar aus anderen Organisationen zu uns übertreten, in der Zeit bis 1. Juli im Unterstützungsfalle nur die bisher geltenden Unterstützungssätze der entsprechenden Beitragsklasse. Sie erhalten bei einem Beitrag von:

60 Pf. pro Woche, die Unterstützung in der bisherigen 15 u. 10 Pf.-Klasse	
90 " " " " " " " " " " " "	30 " 20 "
120 " " " " " " " " " " " "	45 " 30 "
150 " " " " " " " " " " " "	60 " 40 "

Der letztere Beitrag wird aus der Umrechnung der im Stammverbände gezahlten Beiträge auf die Karenzzeit zugrunde gelegt.

Es war immer üblich gewesen, daß der Umrechnung der bei uns gezahlte Beitrag zugrunde gelegt wurde und das übergetretene Mitglied dann auch im Unterstützungsfalle die diesem Beitrage entsprechende Unterstützung erhielt.

Auf diese Unklarheit mußte aber aus folgenden Gründen gebrochen werden: Erstens wären unsere langjährigen Mitglieder gegenüber den Übergetretenen im Nachteil gewesen, weil sie für die erhöhten Unterstützungen erst eine 26wöchentliche Karenzzeit absolvieren mußten, daher im Unterstützungsfalle eine viel geringere Unterstützung erhalten hätten, als die erst übergetretenen Mitglieder. Zweitens wären auch die Übergetretenen selbst insofern benachteiligt worden, indem ihnen zu wenig Wochen auf die Karenzzeit angerechnet worden wären, wenn der Umrechnung der bisher gezahlten niedrigen Beiträge der nun weit höhere Beitrag zugrunde gelegt wurde.

genere Unterstützung erhalten hätten, als die erst übergetretenen Mitglieder. Zweitens wären auch die Übergetretenen selbst insofern benachteiligt worden, indem ihnen zu wenig Wochen auf die Karenzzeit angerechnet worden wären, wenn der Umrechnung der bisher gezahlten niedrigen Beiträge der nun weit höhere Beitrag zugrunde gelegt wurde.

Genau so wird bei den Mitgliedern, die nach dem 1. Juli 1920 übertreten, verfahren. Bei diesen Mitgliedern wird der bisherige Beitragsklasse entsprechende, vor dem 1. Juli geltende Beitrag der Umrechnung zugrunde gelegt. Sie erhalten dann bei einer eventuellen Erwerbslosigkeit bei einem wöchentlichen Beitrag von:

60 Pf. pro Woche, die Unterstützung in der bisherigen 60 Pf.-Klasse	
150 " " " " " " " " " " " "	90 " "
240 " " " " " " " " " " " "	120 " "
320+400 " " " " " " " " " " " "	150 " "

Zum besseren Verständnis führe ich nachstehend einige Beispiele an.

1. Beispiel: Ein Mitglied ist nach dem 1. Juli 1920 zu uns übergetreten, zahlt 400 Pf. Beitrag pro Woche, auf die Karenzzeit sind 42 Wochen angerechnet. Bei uns bis zum Eintritt der Erwerbslosigkeit 15 Wochen Beiträge entrichtet. Es erhält Unterstützung, und zwar in der bisherigen 150 Pf.-Beitragsklasse 2,80 Mk. pro Tag oder 16,80 Mk. pro Woche für die Dauer von 5 Wochen. Bei Umrechnung von 156 Wochen würde es pro Tag 3,03 Mk. oder 18,20 Mk. pro Woche für die Dauer von 8 Wochen Unterstützung erhalten. Je nach der Beitragszahlung steigert sich die Unterstützung bis 3,50 Mk. pro Tag oder 21 Mk. pro Woche und bis zur Dauer von 13 Wochen.

2. Beispiel: Ein Mitglied ist vor dem 1. Juli zu uns übergetreten, zahlte 120 Pf. Beitrag pro Woche, vom 1. Juli bezahlte 28. Juni ab jedoch 320 Pf., angerechnet 38 Wochen auf die Karenzzeit. Bis Eintritt der Erwerbslosigkeit bezahlt 17 Wochen 320 Pf. und 10 Wochen à 120 Pf. Für die Unterstützung in der 320 Pf.-Stufe ist die 26wöchentliche Karenzzeit nicht um, aber für die 120 Pf.-Stufe. Dieses Mitglied erhält demnach die Unterstützung in der 120 Pf.-Stufe, und zwar pro Tag 2,20 Mk. oder pro Woche 13,20 Mk. für die Dauer von 5 Wochen. In dieser Falle steigert sich die Höhe und Dauer je nach der Anzahl der Beitragswochen bis 2,75 Mk. pro Tag oder 16,50 Mk. pro Woche und ebenfalls bis zur Dauer von 13 Wochen.

3. Beispiel: Uebertritt, Beitrag und angerechnete Wochen wie im Beispiel 2, nur mit dem Unterschiede, daß in diesem Falle das Mitglied nur 5 Wochen à 320 Pf. und 15 Wochen à 120 Pf. Beitrag entrichtet hat. Es hat wohl die allgemein übliche Karenzzeit von 52 Wochen um, aber nicht die 26wöchentliche für den 3 Pfennig-Beitrag, auch nicht für den 120 Pf.-Beitrag. In dieser Falle erhält das Mitglied Unterstützung nach den Bestimmungen des alten, also vor dem 1. Januar 1920 geltenden Statuts, und zwar im Arbeitslosigkeitsfalle gemäß § 14, Ziffer 1 und 2, in der 45 Pf.-Beitragsstufe = 1,25 Mk. pro Tag oder 7,50 Mk. pro Woche und für die Dauer von 6 Wochen, und steigert sich, je nach der Zahl der angerechneten Wochen auf die Karenzzeit, bis 1,75 Mk. pro Tag oder 10,50 Mk. pro Woche und bis zur Dauer von 12 Wochen;

oder im Krankheitsfalle gemäß § 23, Ziffer 1 und 2, in der 30 Pf.-Stufe 1,07 Mk. pro Tag oder 7,50 Mk. pro Woche bis zur Dauer von 5 Wochen. Im Krankheitsfalle tritt eine Steigerung des wöchentlichen Unterstützungssatzes nicht ein, wohl aber eine solche der Unterstützungsdauer, und zwar je nach den angerechneten Wochen, bis 18 Wochen.

4. Beispiel: Einem übergetretenen Mitglied wurden achtzig Wochen auf die Karenzzeit angerechnet. Nachdem das Mitglied bei uns für 25 Wochen Beiträge geleistet hat — die Höhe spielt in diesem Falle keine Rolle — wird es erwerbslos. Dieses Mitglied hat für die Dauer der Erwerbslosigkeit keinen Anspruch auf Unterstützung, weil es die allgemein übliche Karenzzeit von 52 Wochen nicht um hat.

Ferner zur Kenntnis, daß vom 1. Januar 1921 ab bei der Umrechnung der im Stammverbände geleisteten Beiträge auf die Karenzzeit wieder der gewählte Beitrag zugrunde gelegt wird, und haben dann diese Mitglieder im Erwerbslosigkeitsfalle Anspruch auf die Unterstützung, die diesem Beitrag entspricht. Voraussetzung ist natürlich, daß einschließlich der angerechneten Wochen auf die Karenzzeit eine 52wöchentliche Beitragszahlung nachgewiesen werden kann.

Ich hoffe, daß nun die nötige Klarheit geschaffen ist, daß die Unklarheiten ausgeschlossen sind.

Bezüglich der in Händen der Kassierer befindlichen Berechnungstabelle zur Feststellung der Unterstützungsdauer bemerke ich, daß diese Berechnungstabelle nicht mehr zu benutzen ist, weil

... nicht mehr zutrifft, nachdem für den Sonntag Unterstützung nicht mehr gezahlt wird. Die Kassierer müssen die Dauer und deren Endtermin schon nach dem Kalender berechnen.
Gleichzeitig ersuche ich diejenigen Kassierer, die die am 1. Juli 1920 eingetretenen Beitragsveränderungen noch nicht Unterzeichnetem gemeldet haben, diese Meldung sofort zu bewerkstelligen
Wilhelm Herden.

Das Existenzminimum im Oktober 1920.

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Nachdem der August und September eine geringe Erleichterung gebracht hatten, sind die Kosten des Existenzminimums im Oktober wieder annähernd auf den Stand vom Juli gestiegen. Schuld daran war einmal die Knappheit des Angebots an heimischem Zucker, die zu einem teilweisen Ersatz der verhältnismäßig billigen inländischen durch sehr teure Auslandsware zwang, ferner die Preissteigerung, die für die meisten Nahrungsmittel im freien Handel eintrat. In Groß-Berlin kosteten im Berichtsmonat Milch und Gas neunmal soviel wie vor sieben Jahren, Brot zehnmal soviel, Briketts zwölfmal soviel, Butter dreizehnmal soviel, Kartoffeln sechzehnmal soviel, Margarine achtzehnmal soviel, Reis dreißigmal soviel, Zucker zweiunddreißigmal soviel, Schmalz achtunddreißigmal soviel. Dabei sind Schleichhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich im ganzen eine Verteuerung auf das Dreizehnfache. In den vier Wochen vom 4. bis 31. Oktober wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Oktober 1920 Pf.	Preis Oktober 1913 Pf.
7600 Gramm Brot	1800	185
350 " Nahrungsmittel	206	18
1000 " Fleisch	1522	180
50 " Butter	188	14
130 " Kokosfett	442	18
1000 " Zucker	1500	47
250 " Stenisthonig	365	15
Zusammen	6023	475

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 60,23 M. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 4,75 M. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 6800 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein zweijähriges Kind benötigt. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200—6800 = 4400 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau mußte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei, soweit als möglich, auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 2 M., für eine Frau auf 37 M., für einen Mann auf 56 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Oktober 1913 für ein Kind 87 M., für eine Frau 2,91 M., für einen Mann 3,79 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor sieben Jahren billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Genaue Berechnungen führen denn auch zu dem Ergebnis, daß man für die Vorkriegszeit höchstens anzusehen hat: Kind 1,75 M., Frau 2,80 M., Mann 3,50 M.)

	Preis Oktober 1920 Pf.	Preis Oktober 1913 Pf.
Rationierte Nahrungsmittel	1506	119
3000 Gramm Kartoffeln	240	15
500 " Haferflocken	275	25
2000 " Gemüse	200	28
Zus. für ein 6—10jähr. Kind	2221	187
1500 Gramm Kartoffeln	120	8
1500 " Gemüse	150	21
500 " Speisebohnen	300	20
250 " Hafermehl	200	15
250 " Margarine	715	40
Zusammen für eine Frau	3706	291
250 Gramm Erbsen	175	10
500 " Reis	650	22
1500 " Musapfel	435	38
125 " Schmalz	690	18
Zusammen für einen Mann	5626	379

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis 1 Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Be-

leuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 M. (1913: 5,50 M.), für Heizung 14,90 M. (1,25 M.), für Beleuchtung 6,60 M. (0,75 M.).
Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusehen: Mann 30 M. (2,50 M.), Frau 20 M. (1,65 M.), Kind 10 M. (0,85 M.).
Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche-reinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 1/3 (1913: 1/4) machen müssen.
Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den Oktober 1920 in Groß-Berlin:

	Mann M.	Ehepaar M.	Ehepaar mit 2 Kindern M.
Ernährung	56	93	137
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	22	22	22
Bekleidung	30	50	70
Sonstiges	39	58	79
	156	232	317

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinstehenden Mann 26 M., für ein kinderloses Ehepaar 39 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 53 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8150 M., für das kinderlose Ehepaar 12 100 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16 550 M.

Vom Oktober 1913 bis zum Oktober 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,90 M. auf 156 M., d. h. auf das 9,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,45 M. auf 232 M., d. h. auf das 10,3fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,95 M. auf 317 M., d. h. auf das 10,9fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 10 Pf. wert. (Im September und August war die Mark 10 bis 11 Pf., im Juli 9 bis 10 Pf., im Juni 10 bis 11 Pf., im Mai und April 8 bis 9 Pf., im März 9 bis 10 Pf., im Februar 12 Pf. wert gewesen.)

Eine Erklärung der deutschen Gewerkschaften.

In den Tagen vom 2. November ab fand eine gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes und des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Einen Bericht hierüber werden wir noch bringen. Heute wollen wir vorerst eine einstimmig beschlossene Rundgebung veröffentlichen, die sich gegen den vollkommen übermächtig gewordenen Entente-Militarismus, insbesondere des französischen richtet. Gleichzeitig wendet sich diese Rundgebung aber auch gegen diejenigen Kreise in Deutschland, die dem französischen Militarismus Handlangerdienste zu leisten bereit sind. Nachstehend der Wortlaut:

„Von Tag zu Tag mehrten sich die Anzeichen, die die Gefahr einer gewaltsamen Besetzung unseres rheinisch-westfälischen Industriegebietes durch französische Streitkräfte näher bringen. Truppenzusammenziehungen, Anlagen von Truppenübungs- und Flugplätzen im besetzten Rheinland, offene Rundgebungen der französischen Presse und gleichgerichtete, an Landesverrat grenzende Bestrebungen süddeutscher Kreise lassen keinen anderen Schluß zu, als daß der französische Militarismus nur auf eine günstige Gelegenheit wartet, um sich in den Besitz des Ruhrkohlenreviers zu setzen und damit Deutschland den wirtschaftlichen Lebensfaden abzuschneiden.“

Die Folgen einer solchen Vergewaltigung Deutschlands würden katastrophal werden, nicht nur für unsere Staats- und Wirtschaftseinheit, sondern auch für das gesamte Europa und für die wirtschaftlichen Beziehungen der Kulturvölker. Deutschland würde nicht allein zerrissen, sondern ein 60-Millionen-Volk zugleich dem Hunger und der Verzweiflung überliefert und damit eine Gefahr für die übrige Kulturwelt geschaffen. Es mag imperialistische Kreise in Frankreich geben, die auch das krasseste Elend nicht von der rücksichtslosen, den Weltfrieden aufs neue bedrohenden Verfolgung ihrer Ziele abschreckt. Aber der einsichtigeren und weitblickende Teil der Menschheit, und besonders die gesamte Arbeiterschaft aller Länder sollte diese Gefahren erkennen und mit uns zu verhindern suchen.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, erhebt die schärfste Verwarnung gegen diese französischen Vergewaltigungsabsichten und warnt die verantwortlichen Gewalthaber auf das eindringlichste vor der Ausführung solcher Pläne.

Der Bundesauschuß ersucht zugleich die Gewerkschaften aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen, und appelliert an den Internationalen Gewerkschaftskongreß in London, eine Kundgebung im gleichen Sinne zu beschließen.

Es ist dringend zu hoffen, daß dieser Appell des Gewerkschaftsbundes, dem man gewiß keine chauvinistischen und nationalistischen Tendenzen nachsagen kann, ein lebhaftes Echo in allen Ländern, insbesondere in der internationalen Arbeiterschaft erwecken wird.

Kinder in Not!

Erholungsaufenthalt der Kinder im Ausland, Quäterhilfe, Schulspeisung — ein paar Worte, die in der letzten Zeit so häufig genannt wurden, wenn über das Wohl und Wehe der deutschen Kinder gesprochen wurde. Zwei Millionen deutsche Kinder unterernährt! Eine Tatsache, die vor kurzem von kompetenter Seite ausgesprochen und ihren Weg durch die Nachrichtenpresse machte. Zwei Millionen Kinder — Menschen, die auf die Hilfe anderer unbedingt angewiesen sind und bei der bestehenden Not der weitesten Bevölkerungskreise Deutschlands hilflos den ganzen Jammer unseres zusammengebrochenen Vaterlandes am eigenen Körper am härtesten auskosten müssen. Die Nachrichten, die von dem Kinderjammer Deutschlands sprechen, sie werden gelesen, rufen teils ein Gefühl des Mitleids hervor, teils werden sie mit stumpfer Selbstbetrachtung von denen, die selber schon schwer tragen, hingenommen. Der eine Gedanke, Hilfe muß werden, ist wohl bei allen denjenigen vorhanden, denen irgendwie Regungen des Mitleids noch zu eigen sind. Hilfe soll werden! Der Staat, dessen erste Aufgabe es ist, für die Sicherung der Lebensmöglichkeiten der Hilflosen zu sorgen, ist außerstande, die Schäden wieder gut zu machen, die bei den Kindern im besonderen Maße durch die lange Entbehrungszeit hervorgerufen worden sind, ist aber auch weiterhin nicht in der Lage, das sich noch mehrende Elend bei unseren Jüngsten hintanzuhalten oder gar abzustellen. Dem Staat fehlen die Mittel. Selbsthilfe ist die Lösung fast für alle Zweige unseres Wirtschaftslebens, soll daselbe wieder gesunden. Selbsthilfe ist aber im besonderen notwendig, um der Not des Kindes zu steuern.

Es hieße Dunkel in die Nacht hineintragen, würde hier an dieser Stelle die Not des Kindes im einzelnen in drastischer Form geschildert. Der Arbeiter, die Arbeiterin, sie erleben es zum großen Teil am eigenen Körper und sehen es täglich in ihren Kreisen, wie groß die Not, die Hilfsbedürftigkeit des deutschen Kinderhilfe, die neugeschaffene Wohlfahrtsorganisation, ruft für das notleidende deutsche Kind, welche von den großen Wohlfahrtsorganisationen Deutschlands mit Unterstützung der Gewerkschaftsverbände der verschiedensten Richtungen an alle gerichtet wird, auch in diesen Kreisen, die selber schon hart mit dem Dasein zu kämpfen haben, trotzdem nicht ungehört verfliegen. Die „Deutsche Kinderhilfe“, die neugeschaffene Wohlfahrtsorganisation, ruft für die Tage vom 20. November bis 5. Dezember alle Kreise des deutschen Volkes zur Geldsammlung auf. Es soll eine Volkstat werden, eine Tat, durch die das deutsche Volk beweisen soll, daß es trotz eigener Not bereit ist, auch sein Bestes zu tun, bereit ist, erneut sein gesundes menschliches Denken zum Ausdruck zu bringen. Die Aufnahme, welche die Sammlung bis jetzt in den verschiedenen Ständen gefunden hat, läßt Gutes erhoffen. Der Arbeiterstand wird auch in diesem edlen Wettstreit der verschiedenen Bevölkerungsschichten nicht zurückstehen, und es steht zu erwarten, daß ein jeder gern und mit Freuden bereit ist, seinem Können entsprechend sein Scherflein zu dem edlen Sammelwerk beizutragen.

Ihr alle, die Ihr sicherlich zum großen Teil eine bessere Jugend erlebt hat, die Euch mindestens vor dem Schlimmsten bewahrte, beachtet offenen Auges diejenigen, die in den letzten Jahren erst geworden sind und helft nach Kräften. Kinder in Not!

Betriebsräte!

In der Zeit vom 20. November bis 5. Dezember findet in Deutschland eine Sammlung für das notleidende Kind statt. Seitens der „Deutschen Kinderhilfe“ wird an Euch herangetreten werden, die Sammelstätigkeit in den Betrieben zu leiten. Stellt Euch in den Dienst der Sache und tragt so mit dazu bei, daß dort die Not gelindert werden kann, wo sie am brennendsten ist.

Zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Der Reichsarbeitsminister hat am 13. Oktober eine Verordnung erlassen, nach der die Erwerbslosenunterstützung vom 1. November an geregelt werden soll. Auch nach dieser Neuordnung sind die Unterstützungssätze noch durchaus unzulänglich, und es lagen aus den einzelnen Ländern weitergehende Vorschläge vor. In Anbetracht der ungünstigen finanziellen Lage des Reiches glaubte der Reichsarbeitsminister jedoch nicht weiter gehen zu dürfen. Die Verordnung lautet folgendermaßen:

Zur Anpassung an die besonderen Bedürfnisse des Winters können die Gemeinden (Gemeindeverbände) in der Zeit vom 1. November 1920 bis 31. März 1921 die Unterstützungssätze für Erwerbslose über die in § 9, Abs. 4 und 5 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge in der Fassung der Verordnung vom 6. Mai 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 871) festgesetzten Höchstsätze hinaus erhöhen.

Die Höchstsätze, die danach in dem angegebenen Zeitraum zulässig sind, betragen:

	in den Orten der Ortsklassen			
	A M.	B M.	C M.	D M.
1. für männliche Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	10,—	9,—	8,—	7,—
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	8,—	7,25	6,50	5,50
c) unter 21 Jahren	6,—	5,50	4,50	4,—
2. für weibliche Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben	8,—	7,25	6,50	5,75
b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben	6,—	5,25	4,50	3,50
c) unter 21 Jahren	4,—	3,50	3,25	3,—

Die Familienzuschläge, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen in der Zeit vom 1. November 1920 bis zum 31. März 1921 insgesamt das Zweifache der ihm gewährten Unterstützung, im einzelnen folgende Sätze nicht übersteigen:

für	in den Orten der Ortsklassen			
	A M.	B M.	C M.	D M.
a) den Ehegatten und Kinder bis zum 16. Lebensjahr	4,—	3,75	3,50	3,25
b) sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	3,—	2,75	2,50	2,25

Hat die Landeszentralbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers gemäß § 9, Abs. 6, gestattet, daß in einer Gemeinde höhere als die nach Abs. 4 zulässigen Unterstützungssätze gezahlt werden, so bleibt es bei diesen höheren Sätzen, soweit die vorstehenden Höchstsätze noch übersteigen. Soweit dagegen die Unterstützungssätze, die nach § 9, Abs. 6, gezahlt werden dürfen, niedriger als die vorstehenden Höchstsätze sind, dürfen Unterstützungen bis zur Höhe dieser Höchstsätze gezahlt werden.

Zur Kartoffelversorgung.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft-Kartoffelbaugesellschaft, der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Zentralgenossenschaft des Kartoffelgroßhandels, der Generalverband der deutschen Kartoffelgenossenschaften und der Verband deutscher Kartoffelinteressenten, W., haben an die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer folgendes Rundschreiben versenden lassen:

„Berlin, den 12. Oktober 1920.“

P. P.

Nach der am 28. September in der Reichs-Kartoffelsteuergewerkschaft zwischen den Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher getroffenen Vereinbarung über die Behebung der im Kartoffelverkehr entstandenen Schwierigkeit war vorgesehen, daß in den einzelnen Landesteilen und Provinzen sofort Vereinbarungen über die Kartoffelversorgung der betreffenden Gebiete getroffen würden. Hierbei sollte allgemein ein Preis von nicht mehr als 25 M. für den Kartoffelanlauf zugrunde gelegt werden. In der Mehrzahl der Länder und Provinzen haben diese Verhandlungen stattgefunden. Trotzdem dürfte der zu erwartende praktische Erfolg, insbesondere für die Hauptabnahmegebiete, dem erforderlichen Umfange zunächst nicht eintreten, weil in den Ueberschußgebieten immer noch, zum Teil sogar in vermehrtem Umfange, zahlreiche Aufkäufer (von Kommunen, Industriewerken usw.) tätig sind, die den Landwirten erheblich höhere Preise bieten. Bei dieser Sachlage bedarf es einer Erklärung, daß es der führenden Landwirtschaft sehr erschwert, wenn nicht

unmöglich gemacht wird, Ihrer Zusage vom 28. September die notwendige Auswirkung zu verschaffen.

Die unterzeichneten Verbände wenden sich daher mit der dringlichsten Bitte an die großen Verbände der Verbraucher, sie in der Durchführung der getroffenen Vereinbarungen auf das intensivste dadurch zu unterstützen, daß sie alles tun, um die den vereinbarten Preis übersteigenden Angebote zu verhindern. Geschieht dies und wird außerdem der den Vereinbarungen vom 28. September entgegenstehende Sturmhauf gegen die auf Grund der Verordnung vom 21. Mai abgeschlossenen Lieferungsverträge aufgegeben, so besteht die Hoffnung, daß es doch noch gelingen wird, den Kartoffelmarkt in geordnete Bahnen zu lenken, ein Ziel, an dem die unterzeichneten Verbände dauernd arbeiten. Der Mühe wird aber ein Erfolg nur beschieden sein, wenn dem vorstehend ausgesprochenen Wunsche tatsächlich Rechnung getragen wird.

Wir bitten, die dortseits angeschlossenen Verbände und Organisationen möglichst beschleunigt über die Sachlage aufzuklären und sie zu ersuchen, ihre Aufkäufe sofort einzustellen und nichts zu unternehmen, was geeignet ist, den Kartoffelmarkt weiter zu beunruhigen.

Aus unserem Verne.

Breslau. Bei der Firma Peranzi & Girochio, Gipsfigurenfabrik, sind unsere Mitglieder gekündigt worden. Erst hat die Firma drei Wochen aussetzen lassen und dann die Entlassung, ohne Einhaltung der bestehenden 14 Tage Kündigungszeit, verfügt. Die fristlose Entlassung wird damit begründet, daß das Geschäft angeblich verlaufe und die neue Firma eine Umgestaltung des Betriebes vornehmen will. Eigentümlich berührt dabei die Tatsache, daß einer Arbeiterin angeboten wurde, daß sie weiter arbeiten könne, wenn sie dazu bereit ist, für einen billigeren als den geltenden Tariflohn. Bei dieser Situation gewinnt es den Anschein, als ob es sich um eine geschobene Sache handelt, um den Tarif abzuwickeln und zu diesem Zwecke neue Leute einstellen zu können. Wir warnen deshalb vor Arbeitsannahme bei der Firma Peranzi & Girochio, so lange wir nicht berichten können, daß der Tarif anerkannt und die alten Leute wieder eingestellt sind.

Gräfenhal. Das 25 jährige Stiftungsfest der Zählstelle der Porzellanarbeiter am 6. November nahm einen recht würdigen Verlauf. Der Mandolinclub, der Arbeitergesang- und Turnverein boten alles auf, um in reichhaltiger Weise für Abwechslung zu sorgen. Die Kollegin Scheidig trug einen feinsinnigen Prolog vor, der großen Beifall fand. Ebenfalls gut angesprochen hat die von dem Kollegen Ellmer gegebene Rezitation. Der Gesangverein Boptem trug durch seinen Männerchor, der über vorzügliches Stimmmaterial verfügt, zum Mitgelingen der Feier bei. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Festrede, die von dem Geschäftsführer, Kollegen Erdmann, gehalten wurde und starken Beifall auslöste. Mögen die Worte auf guten Boden gefallen sein. Eine weisevolle Stimmung entstand, als Genosse Erdmann denen seinen Dank aussprach, die durch langjährige Organisationszugehörigkeit sich ausgezeichnet haben. Es sind dies die Kollegen August Will, Louis Obstfelder, Karl Voigt, Karl Reiber und Robert Voigt. Genannten Kollegen wurden die drei Bände „Aus meinem Leben“, von August Bebel, als Andenken gestiftet. Allen Mitwirkenden sei auch an dieser Stelle gedankt.

Königszell. Am Sonntag, den 31. Oktober, fand hier eine Versammlung statt für die Beamten und Angestellten der Porzellanfabrik Königszell, um diese zum Anschluß an die zuständigen freigewerkschaftlichen Berufsorganisationen zu bewegen. Wer etwa geglaubt hätte, daß die Königszeller Fabrikbeamten und Angestellten, dem Zuge der Zeit folgend, sich endlich einmal organisieren würden, mußte eine arge Enttäuschung erleben. Die Vermisten verneinen nach wie vor, durch Schweiswedeln und Bauchrutschen besser und billiger wegzukommen, als durch Anschluß an den Verband. Obwohl diesen Herren vorgehalten wurde, daß der bisher von ihnen eingeschlagene Weg in der Folgezeit noch weniger zum Ziele führen kann, als in der Vergangenheit, blieben sie doch allen Vorstellungen gegenüber taub. Eines bleibt unklar, und zwar, wie sich diese Herren das Zusammenarbeiten von Arbeiter- und Angestelltenrat vorstellen mögen. Der aus Unorganisierten und Arbeiterfeinden bestehende Angestelltenrat kann doch unmöglich als Vertreter von Arbeiterinteressen im Betriebsrat angesehen werden. Das eine kann den Beamten der Königszeller Porzellanfabrik schon heute gesagt werden, daß sie auf die solidarische Unterstützung und Hilfe der Arbeiterschaft in keinem Falle rechnen dürfen, so lange sie nicht einen anderen Standpunkt als heute einnehmen. Ja, wenn in den Sitzungen des Betriebsrates das alte Mägelied immer wieder ertönt, daß von Seiten der Beamten Sabotage gegen die Arbeiter getrieben wird, kann es sehr leicht passieren, daß die Geduld der Arbeiter einmal ein Ende

nimmt. Noch haben die Arbeiter die Stellungnahme der Beamten in den Tagen des Rapp-Ruttsches nicht vergessen, auch so manche andere alte Erinnerung wird durch das Verhalten der Beamten immer wieder wachgerufen. Das eine kann diesen Herren schon heute gesagt werden, daß eine Wiederkehr der vorkriegszeitlichen Zustände nicht erwartet werden kann, auch wenn die Herren Beamten diese „idyllischen“ Zustände noch so brünstig wieder herbeisehnen.

Probstzella. Der Firma Gutschenreuther, G. m. b. H., scheint es äußerst schwer zu fallen, sich der Neuzeit anzupassen. Vor einigen Wochen mußte sich das Thüringer Gauschiedsamt mit derselben befassen und derselben aufgeben, die Akkordlöhne nach den Bestimmungen des Tarifvertrages zu errechnen. Die in Betracht kommenden Arbeiter traten auch an die Firma heran, um diese Arbeiten mitzuerleben. Die Verhandlungen fanden, auf Wunsch der Firma, nach Fabriksschluß statt. Am ersten Abend gingen die Arbeiten so leidlich von statten; am zweiten Abend wurden unsere Kollegen als Komplott bezeichnet, worauf dieselben weitere Verhandlungen ablehnten. Bei einer weiteren Zusammenkunft wurden die vereinbarten Preise als nicht verbindlich bezeichnet. Den Schluß bildete Aussitzen bei einigen Malern wegen Arbeitsmangel, obwohl in der Heimindustrie Artikel hergestellt werden, auch von Arbeiterinnen — die zum Teil nicht auf Erwerb angewiesen sind — die im Betriebe von den Malern, die aussitzen mußten, hergestellt werden konnten. Die getroffenen Maßnahmen lassen auf den ersten Blick den Eingeweihten erkennen, worauf es der Firma ankommt. Was nützen aber alle Schiedssprüche und Tarifverträge, wenn sie nicht gehalten werden? Wenn aus solchen Anlässen dann die Arbeiter andere ihnen geeignet erscheinende Maßnahmen ergreifen, braucht man sich nicht zu wundern.

Staffel. Die Differenzen in der Dreherei und Gießerei der hiesigen Steingutfabrik sind wieder beigelegt worden und damit der ganze Konflikt beendet.

Waldburg i. Schl. Am 1. November ist Genosse Martin Girsch, Gauleiter unseres Verbandes für Schlesien und Sachsen, aus unseren Reihen ausgeschieden, um als Betriebsrätesekretär des Waldburger Bezirks seine Tätigkeit aufzunehmen. Wir verlieren in Genossen Girsch einen der besten Verfechter der Interessen der Porzellanarbeiterschaft. Seiner unermüdblichen Tätigkeit und zähen Ausdauer im Kampfe für ihre Interessen verdankt die Porzellanarbeiterschaft des Waldburger Bezirks so manche Besserstellung ihrer Lebenslage. Wir wünschen Genossen Girsch bei seinem Scheiden von uns alles Gute. Möge er auf dem von ihm gewählten Posten in der ihn erwartenden schweren Arbeit seine volle Zufriedenheit finden zum Wohle der gesamten Arbeitnehmerschaft des Waldburger Bezirks.

Zählstelle Waldburg i. Schl.

Aus anderen Verbänden.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten zum Arbeitsnachweisgesetz und Trinkgeld. In Erfurt tagte vom 19. bis 22. Oktober d. J. der 1. Verbandstag des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Diese neugegründete Gewerkschaft, die ungefähr 100 000 Mitglieder zählt, ist aus dem Verband der Gastwirtsgehilfen, dem Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten und dem Verband der Köche entstanden.

Der 1. Verbandstag dieser maßgebenden Gehilfenorganisation im Gastwirtsgeerbe nahm unter anderem zu dem Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes Stellung. In der angenommenen Entschließung heißt es darüber, daß der Entwurf nicht befriedigt und hinter den Erwartungen, die die Gastwirtsangestellten, die unter der gewerksmäßigen Stellenvermittlung stark gelitten haben, an dieses Gesetz geknüpft haben, weit zurückbleibt. Insbesondere wird das Fehlen des Mitbestimmungsrechts der Fach- und Verwaltungsausschüsse bemängelt. Die Einflußlosigkeit der Interessenten auf die Wahl der Vorsitzenden und Stellvertreter und das Vetorecht der letzteren erwecke kein Vertrauen. Gefordert wird der obligatorische Bemerkungszwang der Arbeitsnachweise und darauf hingewiesen, daß die bedingte Meldepflicht der freien Arbeitsstellen nicht genügt. Schärfster Protest wird gegen das Fortbestehen der gewerksmäßigen Stellenvermittlung als 1930 erhoben und das sofortige Verbot der Stellenvermittlung verlangt. Die Verbote der gewerksmäßigen Stellenvermittlung durch die Demobilisationsbehörden sollen bis zum Inkrafttreten des Gesetzes bestehen bleiben. Ferner wird gegen die Straffreiheit für gelegentliche Vermittlung Einspruch erhoben. Der Kongreß erwartet vom Reichswirtschaftsrat und Reichstag Beschlüsse, die den zu stellenden Anforderungen genügen.

Der Verbandstag nahm ferner zum Trinkgeldsystem Stellung und verurteilt auf das entschiedenste das Bestreben der gast-

wirtschaftlichen Unternehmer, das Trinkgeldsystem nicht nur weiter aufrecht zu erhalten, sondern es auch dort wieder einzuführen, wo es bereits beseitigt ist, und erwartet von der Kollegenschaft, daß sie diesen Bestrebungen den größtmöglichen Widerstand entgegensetzt. Die Hauptverwaltung des Verbandes wird beauftragt, mit allen geeignet erscheinenden Mitteln, event. mit Hilfe des Publikums, für die restlose Beseitigung des Trinkgeldsystems zu wirken. Des weiteren fordert der Verbandstag, daß staatliche und kommunale Betriebe bei der Beseitigung des Trinkgeldsystems mit gutem Beispiel vorangehen, da sie in erster Linie verpflichtet sind, den Schiedsprüchen zahlreicher staatlicher Schlichtungsausschüsse und des Reichswirtschaftsministeriums Folge zu leisten. Die Bewegung gegen das Trinkgeld soll auch international mit aller Schärfe geführt werden.

Das Wachstum der österreichischen Gewerkschaften. Nach dem kürzlich erschienenen Bericht der österreichischen Gewerkschaftskommission vom Jahre 1919 haben die Gewerkschaften Deutschösterreichs einen ansehnlichen Aufschwung genommen. Sie zählen heute weit mehr Mitglieder als in dem größeren alten Oesterreich. Während im Jahre 1913 die Gewerkschaften 415 195 Mitglieder hatten, war die Zahl Ende 1919 auf 772 146 gestiegen, das ist mehr als ein Neuntel der gesamten Bevölkerung. Gegenüber dem Vorjahre ist ein Zuwachs von 359 236 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Berufsverbände ist von 48 auf 55 gestiegen, obgleich zwei Verbände wegen Verschmelzung aus den Berechnungen ausgeschieden sind. Die Zahl der Lokalvereine ist um 2 auf 17 gestiegen. In welch hohem Maße auch in Oesterreich die Frauen ins Erwerbsleben eingetreten sind, zeigt das starke Anschwellen der Zahl der weiblichen Mitglieder. Sie ist von 42 979 im Jahre 1913 auf 193 163 im Jahre 1919 gestiegen. Auch die finanzielle Lage der österreichischen Gewerkschaften ist keine schlechte. Die Einnahmen des letzten Jahres waren so groß wie die der Jahre 1911 bis 1913 zusammengekommen und beliefen sich auf 29,3 Millionen Kronen. Die Ausgaben erreichten die Höhe von 20,7 Millionen Kronen. Die Unterstützungen erforderten 3,7 Millionen Kronen. Für andere Zwecke wurden 17 Millionen verbraucht. An Arbeitslosenunterstützung allein wurden 2,10 Millionen Kronen verausgabt.

Vermischtes.

Genossenschaft und Sozialisierung. Viktor Serwy, der bekannte belgische Genossenschaftler, schreibt, Sozialisierung, Nationalisierung seien zwei Worte, die nach den österreichischen und russischen Erfahrungen wieder in Mode gekommen seien. Aber selbst die glühendsten Verfechter der Idee sind der Auffassung, daß schrittweise vorgegangen werden muß, weil die große Arbeitermasse noch nicht das erforderliche Maß an Erfahrung und Verantwortlichkeitsgefühl besitzt. Und das ist richtig. Um zu erzeugen, braucht man nicht nur „Hände“, Arbeitskraft, man muß auch auf die Mitwirkung geistiger Arbeit zählen können, auf die Fähigkeit zur Ausarbeitung, zur Erfassung, zur Methode, zur Leitung. Diese Kräfte treffen leider noch nicht mit denen der Handarbeit zusammen. Wir müssen sie uns aneignen, sie erringen. Seit einem dreiviertel Jahrhundert haben in allen Ländern die Volkswirte, Gelehrten, Industriellen und Philosophen den Arbeitern erklärt: „Ihr wollt die Herren der Welt werden. Gut. Warum werdet ihr nicht zuerst eure eigenen Kaufleute? Organisiert doch euren Verbrauch, und von da an werdet ihr imstande sein, eure eigene Produktion zu begründen. Kaufleute könnt ihr werden dadurch, daß ihr nur bei euch selbst kauft. Industrielle, Fabrikbesitzer werdet ihr, wenn ihr euch in den Stand setzt, eure Lager zu versorgen. Je mehr Vermittler, desto mehr Handelsgewinne. Stellt euer Brot mit dem Mehl eurer Mühlen her, besät eure Felder mit Korn, um kurze Müllereien zu speisen, mögen eure Schiffe nach Kanada, nach den Vereinigten Staaten gehen und Getreide laden. Produziert für euch selbst. Vertraut eure Ersparnisse euren Banken an. Seid selbst eure Bankiers. Und die Welt wird euer sein!“ Ach, wenn die Arbeiterklasse seit 1844, seit den „Redlichen Pionieren von Rochdale“ das Mittel gebraucht hätte, national, international, das Mittel der Genossenschaft, um besser zu leben, um das Näherwert des Fortschritts kennen zu lernen, um die Herstellungskosten zu senken, um sich eine gewerbliche und landwirtschaftliche Schulung zu geben, sie würde gleich nach dem Kriege die ganze kapitalistische Organisation beschlagnahmt haben. **Verstaatlichung.** Hier ist wurden sich äußern als Wirklichkeiten, ganz einfach als Ausdehnung des Genossenschaftswesens. Noch bleibt daher die Genossenschaftsbewegung die beste Vorbereitung zur Enteignung des Kapitalismus.

Nach Ruhe den proletarischen Kindern. Die proletarische Jugend leidet in besonderem Maße an Knochenchwäche. Diese Feststellung machte jetzt auch wieder Dr. Hedwig Bloch in Basel,

die eine große Anzahl von deutschen Kindern untersucht hat, die zur Erholung und Stärkung in die Schweiz gekommen waren. Wie sie hierüber in der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ berichtet, haben viele dieser proletarischen Kinder ihr Knochenleiden gebessert dadurch, daß die Kinder nicht nur gut ernährt wurden, sondern auch viel lagen. Das ist als wichtiger Heilsfaktor angesehen worden, daß die Kinder täglich 2½ Stunde, das heißt eine Stunde vor und anderthalb Stunden nach dem Essen gelegen haben. Es beleuchtet bezeichnend den traurigen Zustand der proletarischen Jugend, daß die Kinder in den Jahren, die eigentlich zu den allerbesten gehören müßten, täglich eine mehrstündige Liegezeit nötig haben, damit sie gesundheitlich normal sind.

Ausländisches Urteil über die neuen Gewerkschaftsmitglieder. Eine englische Gewerkschaftszeitung veröffentlichte vor einiger Zeit über den neuzeitlichen Mitgliederzuwachs aller Gewerkschaften folgende Betrachtung, die in ihren wesentlichen Punkten nicht nur für England oder die Vereinigten Staaten zutreffen dürfte. Es heißt da u. a.: „In mehr als einem europäischen Lande vergrößerte sich die Mitgliedschaft der Gewerkschaften während des Krieges und noch mehr nach dem Waffenstillstande. Der Zuwachs der Mitgliedschaft stammte weitaus von solchen, die vor dem Kriege nicht geneigt waren, an der Verantwortlichkeit der Gewerkschaften teilzunehmen oder ihren Beitrag zu dem allgemeinen Säckel zu leisten, aus dem die Gewerkschaften ihre sachungsmäßigen Ausgaben bestreiten. Man hat uns mitgeteilt, daß einige Gewerkschaften auf dem Festlande jetzt eine vielmal größere Mitgliedschaft haben als vor dem Krieg und daß die neuen Mitglieder überzeugt sind, daß sie viel besser geeignet sind, zu wissen, wie die Gewerkschaften geleitet werden müssen, als diejenigen, die schon vor dem Kriege Gewerkschaftler waren. Auf der Seite derer, die außerhalb der Gewerkschaften standen, herrscht die Ansicht vor, alles besser zu wissen und den Rat und die Belehrung derer in den Wind zu schlagen, die schon seit Jahren Gewerkschaftsmitglieder sind. Sie haben das Bestreben, alle gesammelten Erfahrungen wegzuwischen, die die Gewerkschaften mühsam erlernt haben, und die Organisation in Bewegungen zu stürzen, von denen erfahrene Gewerkschaftler wissen, daß sie selbstmörderisch sind. Es kann auch in der Gewerkschaftsbewegung eine zu schnelle Organisation geben, ebenso wie es im Heer eine zu schnelle Rekrutierung geben kann. Große Zahlen können ebensoviel Schwäche wie Stärke bedeuten; Zahlen fallen nur dort ins Gewicht, wo eine genügende disziplinierte Organisation vorhanden ist, um die Massen zu befähigen, unter weiser Leitung zusammenzuwirken. Der Gewerkschaftler wird nicht in einem Tage gemacht, auch nicht in einer Woche. Dazu gehört noch etwas mehr als die Aufnahme und die Unterschrift auf der Mitgliedskarte. Die Gefahren, die das schnelle Anwachsen der Mitgliedschaft zur Folge hat, haben sich schon hier und in Amerika gezeigt, wo große Massen von Leuten früher so sehr von ungewerkschaftlichem Geist erfüllt waren, daß sie abgeneigt waren, Beiträge zu zahlen und sich der Gefahr einer Maßregelung auszusetzen, nunmehr doch Gewerkschaftsmitglieder geworden sind, nachdem Verträge mit der Regierung oder den Behörden ihnen Schutz gegen Schädigungen gewährleisteten im Vereine mit den durch Tarifverträge bedeutend verbesserten Arbeitsbedingungen. Weder in Europa noch in Amerika hat sich seit dem Kriege etwas ereignet, was die Gewerkschaften berechtigen würde, irgendwie von der Handlungsweise abzuweichen, die sich früher als so erfolgreich erwiesen hat. Wenn diejenigen, die jetzt unter leichteren und ungefährlicheren Bedingungen Mitglieder geworden sind, sich nicht dazu verstehen, zu erkennen, daß ihr Wohl davon abhängt, daß sie die Erfahrungen beherzigen, die organisierte Arbeiter schon haben durchmachen müssen, so können sie die Organisationen, in denen sie Mitglieder sind, in gefährliche oder unglückliche Unternehmungen stürzen.“

Berichtsberichte.

Ilmenau. Die am 24. Oktober in Ilmenau stattgefundene Betriebsrätekonferenz des Bezirkes Ilmenau beschäftigte sich außer dem vom Kollegen Herzer (Ilmenau) erstatteten Bericht vom Betriebsrätekongreß auch mit dem neuen Tarif. Es wurde folgende, zur Verlesung gebrachte Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 24. Oktober in Ilmenau tagende Betriebsrätekonferenz erkennt an, daß unsere Vertreter in Dresden den festen Willen hatten, in der jetzt überhand genommenen Forderung etwas für uns Porzellanarbeiter zu erreichen, was aber zum großen Teil an der Hartnäckigkeit der Unternehmer scheiterte. Sie protestieren dagegen, daß innerhalb der Porzellanindustrie nochmals eine Spaltung vorgenommen wurde dadurch, daß man die Luxusbranche mit 5-Proz. abspeiste. Sie protestieren ferner dagegen, daß man die Jugendlichen mit leeren Taschen ausgehen läßt. Sie fordern den Hauptvorstand auf, bei den nächsten Verhandlungen mit aller Energie dafür einzutreten, daß die Luxusbranche den anderen wieder gleichgestellt und der dadurch entstandene Unterschied voll und ganz beseitigt wird. Sie stellen sich einmütig auf den Standpunkt, daß von

seiten der Arbeiterchaft den Unternehmern gegenüber mehr Rückgrat gezeigt werden muß, und daß bei den nächsten Verhandlungen ernsthaft an die Forderung einer Wirtschaftshilfe herangetreten werden muß. Ferner fordern sie von den Unternehmern, den sonstigen, sowie jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen mehr Verständnis entgegenzubringen."

Zugewiesen. Die am 1. November stattgefundenen Zahlstellenversammlung war wieder leider sehr schwach besucht; hatten es doch von 180 Mitgliedern nur 25 für nötig befunden, dort ihre Interessen zu vertreten, wo es unbedingt notwendig ist. Wenn auch die Beschlüsse nicht dazu angetan sind, sein Asyl dauernd im Wirtshaus aufzuschlagen zu können, so müßten doch aber jedem einsichtigen Gewerkschaftler 2-3 Stunden im Monat im eigenen Interesse zur Verfügung stehen. Hauptsächlich scheinen die weiblichen Mitglieder den Wert ihrer Organisation noch nicht erkannt zu haben, denn für diese scheinen unsere Versammlungen nicht zu existieren.

Wenn auch Betriebsräte und Arbeiterausschüsse, Gure Rechte in den Betrieben vertreten, so muß es doch das Bestreben eines jeden einzelnen sein, dem inneren Ausbau der Organisation zu fördern zu helfen. Wegen Krankheit des derzeitigen Vorsitzenden eröffnet Kollege beamerter Kollege Brehme die Versammlung. Nachdem das Protokoll verlesen, erstattet Kollege Brehme den Bericht des Kollegen Herker vom Betriebsräte Kongress. Die Versammlung wünscht in Anbetracht der Wichtigkeit, den Kollegen Herker selbst zu hören. Nachdem Kollege Brehme den Massenbericht gegeben hat, erstattet Kollege Siegmund den Kartellbericht und erwähnt derselbe, daß auch da eine ziemliche Interessiertheit Platz gegriffen hat.

Betreffs Bildung eines Arbeitersekretariats fand eine lebhaftere Aussprache statt. Des weiteren beklagen sich die Dreher in der Schlegelmischchen Fabrik, daß noch Geschirr und Formen getragen werden müssen. Der Betriebsrat der Fabrik nahm schon verschiedentlich Gelegenheit, mit dem Inhaber über diesen Punkt zu verhandeln. Der Preiskommission wurde aufgegeben, bei der vorzunehmenden Nachkalkulation das Geschirr- und Formenträgen mit einzurechnen. Kollege Brehme erläutert einige der wichtigsten Paragraphen des neuen Manteltarifs, über welche die meisten unserer Mitglieder nicht informiert sind. Vor Schluß der Versammlung ernennt Kollege Brehme die Anwesenden, in den Betrieben dahin zu wirken, dem Säumigen klar zu machen, daß der Versammlungsbefuch im eigenen Interesse unbedingt notwendig ist.

Magdeburg. Am 4. November tagte im Wintergarten unsere Monatsversammlung. Die eingegangenen Schreiben der Zahlstellen Elberfeld und Staffel wurden zur Kenntnis genommen. An beiden Orten stehen die Kollegen im Streit. Nach ersterem hatte die Verwaltung schon vor einigen Wochen 50 Mk. entsandt, dem die Versammlung zustimmt. Nach dem letzteren Orte 200 Mk. zu senden, wurde beschlossen. Anschließend hieran entspann sich eine lebhaftere Debatte. Es wurde bemängelt, daß die kämpfenden Kollegen bei derartigen Fällen zu wenig unterstützt werden, es sind immer nur einige Zahlstellen, die sich daran beteiligen. Diese Beobachtung konnte man wieder bei der letzten Abrechnung der Kölner Kollegen machen über ihren letzten Streit. Es ist schon traurig, daß die Kollegen an verschiedenen Orten sich mit einigen hochbeinigen Unternehmern herum schlagen müssen, um den abgeschlossenen Lohnvertrag einigermaßen annehmbar zu machen. Darum ist es die heiligste Pflicht derjenigen Zahlstellen, die auf diese Art besser daran sind, ihr Scherflein beizutragen, um den betroffenen Kollegen zum Siege zu verhelfen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde darüber Klage geführt, daß dem Vorstand zu wenig Befugnisse zustehen bei event. Ausschreibungen zur Anstellung von Verbandsbeamten (Gauleitern). Wie leicht ist es möglich, daß den Betriebsräten und Preiskommissionen von den Unternehmern entgegengehalten wird, daß sie ihre eigenen Angestellten erst mal besser entlohnen sollen, bevor sie mit höheren Lohnforderungen kommen. Diesem Zustand muß abgeholfen werden. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, sich mit dieser Sache einmal in den Versammlungen zu beschäftigen und so dem Vorstand die Möglichkeit zu geben, anders zu handeln, und zwar so rasch wie möglich. Aus dem Kartellbericht war zu entnehmen, daß es bei der letzten Sitzung vor dem Tagungslokal zu Ansammlungen von Arbeitslosen kam, die in das Lokal eindringen, so daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. Vom Kartell wird alles getan, die Not der Arbeitslosen zu lindern, und trotzdem wird von gewissen Leuten immer wieder versucht, die Gewerkschaften zu sprengen. Wer könnte es nun diesen verdenken, wenn sie in Zukunft nicht mehr die Saalmieten für die Arbeitslosenversammlungen bezahlen? In Frage kann nur kommen, wenn es sich um solche Arbeitslose handelt, die Gewerkschaftsmitglieder sind, oder daß die Versammlungen vom Gewerkschaftskartell selber einberufen sind. Zuletzt kam auch noch die von den Kollegen in Wallhausen an uns geküßte Kritik zur Sprache. Eigentlich erübrigt sich ja jedes weitere Wort, da dieses schon genügend von der Redaktion der „Ameise“ besorgt ist. Wir wollen auch nicht neugierig sein, am einmal nachzusehen in der Mitgliederliste obiger Zahlstelle, wie „langjährige“ Mitglieder es sind, denen unser Verhalten nicht gefällt, aber allzu lange können diese noch nicht in der Gewerkschaft tätig sein, oder es fehlt das richtige Verständnis dafür, denn sonst könnte man uns nicht zumuten, tatenlos zuzusehen, daß das, was in jahrelanger mühevoller Arbeit aufgebaut ist, durch einen Handstreich fortgewischt wird.

Mabendorf. Die Versammlung vom 1. November war gut besucht. Bericht des Kassierers und der Revisoren wird zur Kenntnis genommen. Der Vorsitzende des Betriebsrates berichtet über die Tätigkeit im September. Es haben 3 Sitzungen stattgefunden. Erwähnenswert sind die Verhandlungen wegen einer Wirtschaftshilfe und der neuen Arbeitsordnung. Zur Verlegung der Arbeitszeit während der Wintermonate wird beschlossen, diese in die Zeit von 8½ bis 6 Uhr zu legen. Die Betriebslokalität soll weiter bestehen und geprüft werden. Ferner wird der Anschluß an die Betriebsratszentrale beschlossen. Es wird außerdem noch beschlossen, jeden Versammlungsbericht in der „Ameise“ zu veröffentlichen. Unter Hinweis, auch die nächste Versammlung, die wieder im Bahnhofshotel in Mabendorf stattfindet, wieder so zahlreich zu besuchen, erfolgt Schluß.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 6. Heft vom 1. Band des 39. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Von Steiger G. Werner (Mitglied der Sozialisationskommission). — Einheitsstaat und Selbstverwaltung. Von Wilhelm Guste II. (Schluß). — Sozialisierung des Wohnungswesens. Von Alfred Thimm. — Private und öffentliche Wohlfahrtspflege. Von Henri Lehmann (Göttingen). — Völkerbund und Friedensvertrag. Neue Literatur. Von S. Fehlingen. — Literarische Rundschau: Samuel Gompers, Labor and the Common Welfare. Von S. Fehlingen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 13 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mk. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 23. Nummer des 37. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 60 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. Dieb Nachf., G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

„Natur und Liebe“, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. 1920. Nr. 4. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Rostock. Inhalt: Sozialismus und Unmündlichkeit. — Natur, Gott, Sozialismus. — Der Wille im Gewerkschaftskampfe. — Gemüt und Leben: Mutterfreude, Persönlichkeitserziehung. — Religion und Arbeiterschaft. — Die Seele des Volkes. — Buchkritik. Abonnement Nr. 4 bis 6 2,40 Mk.

Der kleine Jan. Ein Jahr aus seinem Leben. Von Heinrich Schulz. (Verlagsbuchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68). Preis 9 Mk. gebunden.

Das von Traugott Scholcher illustrierte Buch schildert in ungeheuer treffenden und ergötzlichen Kleinbeobachtungen das geistige Werden und Wachsen des Kindes in den ersten Lebensjahren, in jener Zeit, wo es nach den Worten Göthes ohne Unterricht mehr lernt als in der gesamten Schulzeit. Das Buch wird überall da mit ungeteilter Freude begrüßt werden, wo man sich für die Psychologie des Kindesalters interessiert oder sich durch Beobachtungen zu eigenen Vergleichen in der Familie anregen lassen will.

Aufruf.

Unsere Mitglieder, Dreher Hermann Kenner, Maler Philipp Wichert, sind seit Jahren invalide und befinden sich in großer Notlage. Die Zahlstelle Waldburg hat diese ihre Kollegen schon öfter unterstützt. Da aber außer den Genannten noch eine Anzahl unterstützungsbedürftiger Kollegen in unserer Zahlstelle vorhanden ist, reichen unsere Mittel allein nicht aus, um der dringenden Not steuern zu können. Deshalb bitten wir die Zahlstellen, durch Ueberweisung von Mitteln sich an der Unterstützungsaktion zu beteiligen. Quittung erfolgt in der „Ameise“. Gelder sind an den Geschäftsführer Adolf Hillmer, Waldburg i. Schlesien, Hochwaldstr. 10, zu senden. Die Verwaltung. S. A.: A. Hillmer.

Aufruf.

Unser langjähriges Mitglied Otto Hartmann, Gießer, ist schon lange Zeit an Rheumatismus krank und arbeitsunfähig. Von 10 Kindern sind 6 noch unmündig. Unsere Zahlstelle hat schon ihr möglichstes getan, um H. über Wasser zu halten. Wir bitten alle Zahlstellen, ein Scherflein für H. beizusteuern, um die Not unseres Kollegen zu lindern. Gelder sind an unseren Kassierer Fritz Schoof, Neuhaldensleben, Ritterstr. 9, zu senden.

Für die Verwaltung der Zahlstelle Neuhaldensleben.
S. A.: F. Schoof.

Dankagung.

Unlänglich meiner Krankheit ist mir von der hiesigen Zahlstelle abermals eine reichliche Unterstützung überreicht worden, wofür ich auf diesem Wege meinen wärmsten Dank ausspreche.

Goldsauter b. Suhl i. Thür.

Wilhelm Günther.

Sterbetafel.

Eisenberg. Ella Umlauf, Malerin, geboren am 15. Juli 1895, gestorben am 6. November an Bauchfellentzündung. Mitglied seit 1912.

Ilmenau. Karl Kleemann, Former, geboren am 13. März 1876, gestorben am 28. Oktober an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918.

Wappelsdorf. Erhard Meusel, Dreher, geboren am 31. Mai 1867, gestorben am 25. Oktober an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1906.

Selb. Trina Ruhn, Schleifereiarbeiterin, geboren am 21. April 1876 zu Schönwald, gestorben am 27. Oktober an Blutsturz. Mitglied seit 1918.

Unterföhring. Louis Franke, Former, geboren am 11. Dezember 1865 in Unterföhring, gestorben am 5. November an Herzlähmung. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Neuwahl der Zahlstellenverwaltungen für das Jahr 1921.

Im Monat Dezember sind, entsprechend den Bestimmungen des § 28 des Statuts, die Neuwahlen der Zahlstellenverwaltungen vorzunehmen.

Der Vorsitzende, Schriftführer und Kassierer sind per Stimmzettel, jeder in einem besonderen Wahlgange, zu wählen.

Bei einer Mitgliederzahl von 50 bis 100 ist außerdem ein Beisitzer, für jede weitere angefangene 50 Mitglieder ein weiterer Beisitzer zu wählen. Die Wahl der Beisitzer muß ebenfalls per Stimmzettel, kann jedoch in einem gemeinschaftlichen Wahlgange erfolgen.

In gleicher Weise sind 1 bis 3 Revisoren zu wählen.

Die Wahl von Stellvertretern ist im Statut nicht vorgesehen und demzufolge nicht erforderlich.

Nach § 28, Ziffer 2 des Statuts ist jede Zahlstelle berechtigt, je nach Bedürfnis Unterkassierer zu wählen; diese haben jedoch keinen statutarischen Anspruch auf eine Entschädigung, wie der Kassierer. Die Zahlstelle ist jedoch berechtigt, aus örtlichen Mitteln die Unterkassierer zu entschädigen.

In derselben Versammlung, in der die Verwaltungsmitglieder gewählt werden, ist auch der Empfänger des Verbandsorgans, „Die Ameise“, zu bestimmen. Es empfiehlt sich, den Kassierer hierfür zu wählen, weil diesem ohnehin die Verwaltungsmaterialien zugestellt werden müssen, die dann am besten den Organisierungen beigelegt werden können.

Wählbar in die Verwaltung usw. sind alle Mitglieder, die mindestens drei Monate dem Verbandsangehören. (Bei neugegründeten Zahlstellen bleibt diese Bestimmung außer Anwendung.) Der Vorsitzende und der Schriftführer müssen beide großjährig sein, weil sie beide gemeinschaftlich für die Zahlstelle zu zeichnen haben.

Jeder Gewählte ist zur Annahme der Wahl verpflichtet. Nur Mitglieder, die bereits ein Jahr lang der Verwaltung angehört haben oder als Revisoren tätig waren, sind allein berechtigt, abzulehnen; Wiederwahl ist aber zulässig.

Mit Nr. 48 der „Ameise“ erhalten die Organempfänger jeder Zahlstelle ein Formular, in welches die Mitgliedsnummer und Namen der Gewählten in deutlich lesbarer Schrift und mit genauer Angabe der Wohnung (Straße und Hausnummer) einzutragen sind. Dieses Formular ist von der Verwaltung mit Stempel und Unterschrift zu versehen und (spätestens bis zum 12. Januar 1921) an den Verbands-Schriftführer Albin Karl, Charlottenburg, Rosinenstr. 4, einzusenden.

Auch die neugegründeten Zahlstellen wollen solch ausgefülltes Formular wieder miteinsenden.

Um die Fertigstellung des Adressenverzeichnis so bald als möglich bewirken zu können, wird ersucht, die vorstehend gestellte Frist zur Einbringung des Wahlformulars strikt innehalten zu wollen.
Das Verbandsbureau.

Zur Beachtung!

Infolge des Streiks der Arbeiter in den Berliner Elektrizitätswerken konnte die Nr. 46 der „Ameise“ anstatt am 8. November erst am 12. und 13. November zum Versand kommen. Voraussichtlich wird auch die Nr. 47 später als sonst verschickt werden können, zumal der Posttag noch dazwischen fällt.

Es wird selbstverständlich alles aufgeboten, um den Versand unseres Blattes wieder wie bisher regelmäßig am Dienstag jeder Woche stattfinden zu lassen.

Schriftleitung und Versand der „Ameise“.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Gräfenhof. Montag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im „Schießhaus“.

Schlesingen. Montag, den 6. Dezember, abends 5 Uhr, im „Schießhaus“.

Tiefenfurt. Sonnabend, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Weiden. Montag, den 6. Dezember, abends 7 Uhr, in der „Sonne“: Generalversammlung.

Berichtigung.

In der Quittung der Zahlstelle Köppelsdorf (Sammlung für Ch. Henninger), muß es heißen: Zahlstelle Burgau 10,— Mk., nicht 6,— Mk. — Außerdem ist noch nachzutragen:

Zahlstelle Mengersgereuth 20,— Mk. Dementprechend ist auch der Gesamtbetrag um 24,— Mk. höher.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Bauer und Maler für Gipsfiguren auf sofort gesucht.

H. Carl, Figurenfabrik, Cassel.

Tüchtiger Schlosser, Plattenmacher, der auch im Klündern von Hotelgebäuden tätig ist, auf sofort gesucht.

Fritz Benninger, Mannheim.

Fortschrittler, verheiratet, 20-25 Jahre alt, aus anständiger Familie, kann in ein kleines Industrieunternehmen einheiraten. Bevorzugt werden Bewerber aus Thüringen und vom Lande. Angebote sind zu senden.

Albert Eichhorn, Göttingen b. Sonnenberg (Thüringen).

Tüchtiger Isolations- und Freidreher für Hochspannungsisolatoren wird gesucht von Porzellanfabrik Norden A. G., Rendsburg. Ledige Leute bevorzugt. Offerten mit Zeugnisabschriften an obgenannte Adresse erbeten.

Tüchtige Polychrome
in bauernde Stellung gesucht.

A. Mori, Kreisel-Königshof 10.

Zum sofortigen Eintritt werden einige jüngere, ledige Steingutbrecher für Teller, Tassen, Saßbüßeln, Kumpen usw. gesucht. Angebote möglichst mit Zeugnisabschriften erbeten unter Chiffre St. 1.

Tüchtiger Schleifer für sofort gesucht.

Porzellan-Manufaktur „Union“, Edmund Duist, Kleinembach, S.-Weim.

Einige Teller- und Schalenbrecher zum sofortigen Eintritt sucht Blankenhainer Porzellanfabrik, C. & E. Carstens, Blankenhain i. Thür.

Maler, 35 Jahre alt, verh., firm in Dekor, Fond, Staffage, Rand, Band, Gempel, sucht Stellung auf besseren Export. Suchender ist auch bereit in einem der Porzellanmalerei verwandten Berufe Arbeit anzunehmen.

Offerten mit Lohnangabe unter S. R. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Gelernter Porzellanschleifer, ledig, eingearbeitet in allen vorkommenden Schleifereiarbeiten, sucht Stellung in einer Porzellanfabrik. — Eintritt kann sofort erfolgen.

Angebote unter Chiffre O. P. an die Geschäftsstelle der „Ameise“ erbeten.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Malrückenstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8. II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Für alle Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Goldschmied, Goldschmied u. alle goldhaltigen Sachen. Altestes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Goldschmied, Goldplatten, Goldflaschen und alle in der Goldbergerei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen bei schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtkm. i. Thür.

Bremer Qualitäts-Zigarren

von hervorragender Güte, weiß brennend, inkl. Rabatt à Stück 62½, 75, 80, 90 und 115 Pf. Versand von 50 Stück ab in Originalkistchen.

— Nordh. Rautabak, gute, saftige Ware. — 10 R. oder 16 Mk. —

Universal-Versand Hermannsdorf (S.-A.).

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Sittenschuhe — Segeltuchoberteil, Ledersohle u. Zwickel. — Recht vorteilhaft kaufen Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel f. d. Straße u. Haus, Turnschuhe. Samtl. Lederschuhwaren in nur guten Qualit. billigst. Berl. Sie illust. Preisliste gratis. Bei Sammelaufträgen entspr. Rabatt. A. Mehe, Schuhverwand u. Pantoffelfabrik, Weißwasser (O.-L.).

Die neueste Verschlechterung des Markkurses bedingt sofortigen Schwammekauf!

Offeriere hierdurch Bymocca-Levantiner Schwämme zu 4 bis 10, 15, 20 bis 40 Mk. per Stück für Dreher, Glasur, Brenner, Drucker, Hartheadschwämme, runde Form, klein, 100 Stück 125 Mk., mittlere 100 Stück 550 Mk., mittlere Hartheadschwämme, flache Form, gepreßt, das Pilo, 80 Stück enthaltend, 200 Mk.; für Steingutfabriken große, billige, weiche Bymocca 10 bis 15 Mk. pro Stück; große Hartheadschwämme, gepreßt, das Pilo, 35 bis 40 Stück enthaltend, 350 Mk. Prima echte „Elephantenhoren“, 700 Mk. pro Pilo. Abgabe einzelner Schwämme oder Ansichtsendungen nicht möglich.

S. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Brenzlauerstr. 42.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art	
Begr. 1896.	Gold-, Platina-, Silber- preis auf Anfrage
	
Seitert, Zwickau i. S., Osterwäldstr. 32	

Glanz- und Poliergold

kauft, auch kleinstes Quantum. Selbstverbraucher reelle Bedienung.

Max Klingler, Porzellanmaler

Münster i. Westf., Frauenstr. 41.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verm. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 1.

Berlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.